

Gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft: GEW-Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung

Redebeitrag von Dr. Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW
zur GEW-Fachtagung „All inclusive? Perspektiven für eine innovative Lehrer_innenbildung“ am
16.11.2017 in Magdeburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Gewerkschaftstag der Bildungsgewerkschaft hat im Mai 2017 in Freiburg Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung verabschiedet. Dem sind über zwei Jahre intensive Diskussionen in unserem Zukunftsforum Lehrer_innenbildung vorausgegangen, an denen die Landesverbände, Bundesausschüsse, der Geschäftsführende Vorstand sowie weitere Expertinnen und Experten beteiligt waren.

Nun werden vielleicht manche fragen: Hat die GEW keine anderen Probleme? In den Klassenzimmern bröckelt der Putz von der Decke; Land auf Land ab bleiben Lehrerstellen unbesetzt, weil Lehrkräftemangel herrscht; viele Schulen sind mit der Inklusion überfordert, mit immer vielfältigeren Anforderungen ihrer Schülerinnen und Schüler; andere sind in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts nicht angekommen. Sind das nicht die dringenderen bildungspolitischen Probleme, um die sich die GEW als erstes kümmern müsste?

Darauf lässt sich dreierlei antworten. Zum einen kümmert sich die GEW um all diese Fragen, und zwar massiv. „Bildung. Weiter denken!“ ist das Motto der Initiative, mit der sich die GEW für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen sowie mehr Geld für Bildung. Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ zeigen wir nicht nur, was wir unter guter Bildung verstehen, warum sie alle brauchen, warum wir dafür mehr Zeit und Raum und Personal und Geld benötigen, sondern auch wie sich zusätzliche Investitionen in Bildung finanzieren lassen. Denn nach wie vor gilt der berühmte Satz John F. Kennedys: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung.“ Damit konfrontiert die GEW Bund und Länder, versuchen wir aktuelle Einfluss auf die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung zu nehmen – Bildung ist mehr wert!

Zum zweiten darf, wer über gute Bildung redet, über die Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nicht schweigen. Neben einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung, fairen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, fortschrittlichen Bildungsplänen, Curricula und Schulstrukturen sind eben gut qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen eine zentrale Voraussetzung für gute Bildung für alle. So müssen angehende Lehrerinnen und Lehrer besser auf neue Anforderungen ihres Berufs wie die digitale Welt, die Ganztagschule, die Migrationsgesellschaft oder die Inklusion vorbereitet werden, bereits im Beruf stehende Lehrkräfte müssen entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote bekommen.

Zum dritten aber ist eine Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, wie sie die GEW vorschlägt, ein Beitrag zur Lösung vieler Probleme, mit denen wir es derzeit zu tun haben. Ich möchte das gerne am Beispiel des Lehrkräftemangels deutlich machen.

Dabei möchte ich mich gar nicht lange damit aufhalten, dass die GEW schon seit Jahren vor einem Fachkräftemangel im Bildungswesen warnt. Schon 2010 haben wir im Hauptvorstand ein „Sofortprogramm für den Lehrerinnen- und Lehrernachwuchs“ verabschiedet, mit dem die GEW eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in Studium und Vorbereitungsdienst sowie eine Steigerung der Attraktivität von Ausbildung und Beruf verlangte.

Vergeblich. Die Kultusministerkonferenz errechnete noch 2015 in ihrer Prognose zum Arbeitsmarkt für Lehrkräfte ein Überangebot von 4.750 Lehrerinnen und Lehrern und lehnte sich entspannt zurück. Heute lässt sich ein massiver Lehrkräftemangel nicht mehr leugnen. Hier in Sachsen-Anhalt beispielsweise konnten im neuen Schuljahr fast 100 von 370 ausgeschriebenen Lehrerstellen nicht besetzt werden. Die Folge: Unterrichtsausfall, bereits im letzten Schuljahr an einigen Schulen sogar wochenweise. Gemeinsam mit anderen Organisationen hat die GEW Sachsen-Anhalt Volksinitiative „Den Mangel beenden – unseren Kindern Zukunft geben!“ gestartet, die 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie 400 zusätzliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fordert. Heute beschäftigen sich mehrere Ausschüsse des Landtages mit den Vorschlägen der Volksinitiative, die von knapp 100.000 Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhaltern unterstützt wird.

Aus Verzweiflung greifen immer mehr Länder auf Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger ohne abgeschlossenes Lehramtsstudium zurück, um die Lücken zumindest notdürftig zu schließen. Nach Recherchen unserer GEW-Landesverbände sind in Berlin 41 Prozent, in Sachsen 52 Prozent, an den sächsischen Grundschulen sogar 66 Prozent aller neu eingestellten Lehrkräfte Quer- oder Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger. Die Bildungsforscher Klaus Klemm und Dirk Zorn haben diesen Sommer vorgerechnet, dass dies erst der Anfang einer längeren Durststrecke sein dürfte: In Folge höherer Geburtenzahlen und der Zuwanderung werden wir in Deutschland 2015 eine Million mehr Schülerinnen und Schüler haben, als es die Kultusministerkonferenz bis heute ihren Planungen zu Grunde legt, so Klemm und Zorn. Dafür brauchen wir über 50.000 zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen – zusätzlich zu den Stellen, die schon heute nicht alle besetzt werden können. Der Handlungsbedarf ist also enorm.

Wie gesagt, ich will mich heute nicht in der Vergangenheitsbewältigung verlieren, sondern in die Zukunft schauen. Um es klar zu sagen: Die GEW unterstützt die Länder bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels, ist aber strikt dagegen, dass dieser zum Vorwand genommen wird, um die Qualität der Ausbildung abzusenken und Dumping-Lehrkräfte anzuheuern!

Der Regelweg der Lehrerinnen- und Lehrerbildung muss auch in Zukunft über ein Lehramtsstudium und den anschließenden Vorbereitungsdienst (oder die von der GEW befürwortete Alternative einer einphasigen, Theorie und Praxis integrierenden Ausbildung) führen und grundsätzlich Voraussetzung für die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrer bleiben muss. Der Quer- und Seiteneinstieg kann daher allenfalls eine Notlösung zur dringenden Bedarfsdeckung sein.

Sollte ein Land in der Not Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger einstellen, muss es für alle Kolleginnen und Kollegen eine nachholende, berufsbegleitende und staatliche finanzierte Qualifikation in ein Lehramt sicherstellen – um keine Abstriche an der Qualität der Ausbildung zu

zuzulassen, aber auch um sicherzustellen, dass die Arbeitgeber nicht einen zusätzlichen Niedriglohnsektor an den Schulen etablieren, da sie Kolleginnen und Kollegen mit einer unvollständigen Lehramtsausbildung mit einer niedrigeren Eingruppierung abspeisen können. In diesem Sinne hat soeben auch die Kommission für Grundschulforschung und Pädagogik der Primarstufe der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) gefordert, dass die Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern zwingend mit Maßnahmen verknüpft wird, die die Professionalität sicherstellt.

Mit Reformvorschlägen aus den GEW-Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung lässt sich dem Lehrkräftemangel aber auch strukturell entgegenwirken. So ist es nach unserer Überzeugung falsch, dass sich Lehramtsstudierende schon im ersten Semester auf ein bestimmtes Lehramt festlegen müssen. Richtig ist vielmehr ein gemeinsames Bachelor- bzw. Grundstudium für alle Studierenden, egal welches Lehramt sie anstreben. Das ist nicht nur didaktisch sinnvoll, sondern würde den Studierenden auch helfen, flexibler auf die Anforderungen des Lehrkräftearbeitsmarkts zu reagieren.

Für überholt hält die GEW weiter die Vielzahl an Lehrämtern und Studiengängen, die für die Sekundarstufe bestehen. Hauptschule, Realschule, Gymnasium – das traditionelle dreigliedrige Modell aus dem 19. Jahrhundert hat mit der schulpolitischen Realität des 21. Jahrhunderts nicht mehr viel zu tun. Lasst und die alten Zöpfe abschneiden! Zukunftsfähig ist eine Orientierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausschließlich an den Klassenstufen statt an den Schulformen.

In unseren Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung haben wir daher ein Konzept für eine Stufenlehrerinnen- und Stufenlehrausbildung vorgelegt, das nicht mehr als zwei Stufen vorsieht: Die Primarstufe für Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen, die Sekundarstufe für Lehrerinnen und Lehrern an weiterführenden Schulen.

Ausgehend davon, dass alle Schulformen der Sekundarstufe I nach Maßgabe der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz schon heute den Übergang in die Sekundarstufe II sowohl in der beruflichen Bildung als auch in der gymnasialen Oberstufe eröffnen sollen und daher alle Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe I dafür qualifiziert sein müssen, diese Übergänge vorzubereiten, ist eine einheitliche Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern der Sekundarstufe I und II die richtige Konsequenz.

Die Absolventinnen und Absolventen können dann an jeder Schulform in der Sekundarstufe II zum Einsatz kommen – sei es an einer Haupt- oder Realschule, an einem Gymnasium oder einer Gesamtschule, oder an einer Regionalschule, Erweiterten Realschule, Realschule plus, Mittelschule, Oberschule, Regelschule, Sekundarschule, Gemeinschaftsschule, Werkrealschule oder wie die zahllosen Schulformen in den einzelnen Ländern auch immer heißen mögen. Es ist schlicht absurd, für jede Schulform eine eigene Ausbildung vorzusehen. Wie überholt der Flickenteppich an Lehrämtern und Ausbildungsgängen ist, zeigt sich auch daran, dass im Zuge des Lehrkräftemangels Gymnasiallehrerinnen und -lehrer gerne schon heute „schulformfremd“ eingesetzt werden und dafür häufig besser bezahlt werden, als die eigentlich passgenau für die Schulform qualifizierten Kolleginnen und Kollegen.

Es ist im Übrigen ein Skandal, dass bei der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern immer noch nach dem Prinzip „Kleines Gehalt für kleine Kinder – großes Gehalt für große Kinder“ verfahren wird. Ein Skandal auch deshalb, weil der Anteil der Lehrerinnen an Grundschulen mit über 90 Prozent deutlich über dem an weiterführenden Schulen liegt – es handelt sich also um nichts anderes als um eine mittelbare Geschlechtsdiskriminierung – zu diesem Ergebnis sind die Juristinnen Eva Kocher, Stefanie Porsche und Johanna Wenckebach in einem Rechtsgutachten für die GEW gekommen.

Die Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, egal ob sie an einer Grundschule oder einem Gymnasium unterrichten, ist schon heute in der Hälfte der Bundesländer gleichwertig und gleich lang. Deshalb müssen endlich auch alle voll ausgebildeten Lehrkräfte gleich gut bezahlt werden. JA13! Die GEW macht sich für eine Bezahlung nach A13 (Beamtinnen und Beamte) und E13 (Angestellte) stark!

Insofern passt es ganz hervorragend, dass die heutige Fachtagung mitten im aktuellen Aktionszeitraum liegt, in dem sich die GEW bundesweit mit zahlreichen Aktionen für eine bessere Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen und in der Sekundarstufe I einsetzt, die derzeit noch schlechter bezahlt werden. Der Aktionszeitraum dauert noch bis zum 24. November – Sie sind und ihr seid herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen!

Eine gleiche, angemessene und bessere Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer ist die logische Konsequenz aus den Positionen der GEW zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Umgekehrt wäre es falsch, nur deshalb für eine Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung einzutreten, weil wir damit die Ausgangsbedingungen für den Kampf für eine bessere Eingruppierung der Lehrerinnen und Lehrer verbessern. Denn wir sind eben keine berufsständische Interessenvertretung, sondern eine Bildungsgewerkschaft mit einem bildungspolitischen Programm, dessen Ausgangspunkt die Interessen ihrer Mitglieder ebenso ist wie das Wohl der Schülerinnen und Schüler.

Dieser bildungspolitische Anspruch spiegelt sich sehr deutlich in den Leitlinien für eine innovative Lehrer_innen wider, die die 432 Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages einstimmig verabschiedet haben.

All inclusive! Ausgangspunkt unserer Positionen für eine Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist die Vision von Bildung in einer demokratischen, sozialen und inklusiven Gesellschaft. Bildung ist für die GEW die Basis für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Entwicklung der Gesellschaft.

Stichwort Inklusion. Selbstverständlich kann eine Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung allein nicht die Probleme lösen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung des völkerrechtlich verbrieften Menschenrechts konfrontiert werden. Dafür bedarf es einer Verbesserung der Rahmenbedingungen, für die sich die GEW stark macht. Wir brauchen eine Reduzierung der Pflichtstunden, kleinere Klassen und die Unterstützung der Lehrkräfte durch weitere Fachkräfte in multiprofessionellen Teams wie Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Wir brauchen mehr Zeit für den fachlichen Austausch und die kollegiale Beratung und ausreichend Vertretungskapazitäten. Bei letzten Weltlehrkräftegipfel in Frühjahr in Edinburgh, an der Sachsen-Anhalts Bildungsminister Marco Tullner mit Marlis Tepe, mir und weiteren Mitgliedern des GEW-Vorstands teilnahm, konnten wir uns ein Bild davon machen, wie weit uns andere Industrieländer in dieser Hinsicht voraus sind.

Aber auch eine moderne Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die den Anforderungen an eine inklusive Schule gerecht wird, gehört zu den notwendigen Rahmenbedingungen für eine Realisierung der Inklusion. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamten GEW-Leitlinien für eine innovative Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

Die GEW macht sich daher dafür stark, dass alle Lehrerinnen und Lehrer eine umfassende pädagogische Qualifizierung für eine inklusive Schule erwerben. Daneben werden wir aber auch in einem inklusiven Schulsystem Expertinnen und Experten brauchen, die über eine vertiefende inklusionspädagogische Qualifizierung verfügen. Die GEW schlägt vor, dass diese künftig alternativ zu einem Unterrichtsfach bzw. Lernbereich in der Ausbildung erworben werden kann.

Es ist eine Binsenweisheit, dass Theorie und Praxis enger verflochten werden müssen. Wir schlagen aber vor, dass die GEW einen Schritt weiter geht und die einphasige Lehrerinnen- und Lehrerbildung wieder auf die bildungspolitische Agenda setzt. Während die einphasige Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die auf einer Integration aller berufspraktischen Ausbildungsphasen inklusive des ausschließlich in Deutschland bekannten Vorbereitungsdienstes beruht, weltweit Standard ist, ist sie in Deutschland seit dem vorzeitigen Abbruch der Reformversuche an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück und der Abwicklung des Bildungssystems der DDR tabuisiert.

In unseren Leitlinien betonen wir, dass weder eine einphasige noch eine zweiphasige Lehrerinnen- und Lehrerbildung für sich genommen ein Patentrezept ist. Für eine erfolgreiche Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung bedarf es vielmehr Gelingensbedingungen: eine gute Verankerung der Praxisphasen im Curriculum, eine intensive Kooperation der Akteure in Theorie und Praxis, entsprechende professionelle Kompetenzen der Ausbilderinnen und Ausbilder sowie die dafür erforderlichen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen.

Die Frage der Ein- oder Zweiphasigkeit sollte daher nicht länger Anlass für ideologische Grabenkämpfe bieten – wir sollten die Debatte gelassen führen, aber eben führen. Die GEW ermuntert daher die Länder, die rechtlichen, materiellen und bildungswissenschaftlichen Voraussetzungen für neue Modellversuche einer einphasigen Lehrerinnen- und Lehrerbildung zu schaffen, um Erfahrungen mit einer konsequenten Theorie-Praxis-Integration zu sammeln.

Detailliert nimmt die GEW in ihren Leitlinien zur Akkreditierung von Lehramtsstudiengängen Stellung, die sich mit der Etablierung der Bachelor- und Masterstudiengänge im Zuge der Bologna-Reformen ab Ende der neunziger Jahre in Deutschland etabliert hat, um die Qualität und Vergleichbarkeit der neuen Studiengänge zu sichern. Dabei vertreten wir eine Doppelstrategie.

Wir machen uns zum einen für eine Erneuerung des Akkreditierungssystems stark, das auf bundesgesetzlicher Grundlage und in transparenten Verfahren qualitative Mindeststandards für alle Studiengänge sichern, eine bürokratische Überlastung der Hochschulen ausschließen und auf allen Ebenen die substanzielle Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Berufspraxis, also bei Lehramtsstudiengängen die Schulpraxis und Gewerkschaften, sowie der Studierendenvertreterinnen und -vertreter garantierten muss

Zum anderen hat der Gewerkschaftstag der GEW den Hauptvorstand beauftragt, sich künftig stärker ins Akkreditierungsgeschehen einzumischen. Das werden wir tun. So hat der Geschäftsführende Vorstand bereits im Sommer den Beitritt zum Gewerkschaftlichen Gutachter/innen-Netzwerk beschlossen, in dem bereits DGB, IG Metall, IG BCE und ver.di zusammenarbeiten. Ziel ist, dass wir

künftig Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Gutachtertätigkeiten in Akkreditierungsverfahren ermuntern und für diese Aufgabe qualifizieren. Außerdem werde ich künftig, so die Kultusministerkonferenz die Nominierung durch den Deutschen Gewerkschaftsbund bestätigt, im Akkreditierungsrat als Vertreter der Berufspraxis unmittelbar an der Akkreditierung von Studiengängen und Hochschulen und damit der Sicherung der Qualität von Studium und Lehre mitwirken. Auf den europäischen Rahmen des Bologna-Prozesses versuche ich seit Frühjahr diesen Jahres als Vertreter der Bildungsgewerkschaften in der europäischen Bologna Follow-up-Group Einfluss zu nehmen, in der die Regierungen aller 48 Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung sowie eine Reihe von beratenden Mitgliedern, darunter die Bildungsgewerkschaften, vertreten sind.

Bei der Akkreditierung von Studiengängen werden wir künftig auch darauf achten, dass die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrenden an den Hochschulen, also der Lehrer_innenbildnerinnen und –bildner, sowie ihre hochschuldidaktische Qualifizierung als wesentliche Qualitätsmerkmale angesehen werden. Im Organisationsbereich Hochschule und Forschung kämpfen wir im Zuge der Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ für stabile Beschäftigungsbedingungen und verlässliche Karrierewege – nicht nur im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen, die an Hochschulen forschen und lehren, sondern auch weil gute Wissenschaft und gute Arbeit zwei Seiten einer Medaille sind. Auch eine hohe Qualität der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Hochschulen setzt die Kontinuität und Qualität wissenschaftlicher Arbeit voraus. Das ist die Verbindung zwischen den Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung und dem Templiner Manifest.

Die Bildungsgewerkschaft GEW ist mir ihren „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ gut gerüstet für die politische Auseinandersetzung auf der Dauerbaustelle Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Lasst uns für die Umsetzung unserer Reformvorschläge Bündnispartnerinnen und Bündnispartner gewinnen: an den Hochschulen, in der Erziehungswissenschaft und in der Kultusministerkonferenz. Die Möglichkeiten dafür werden wir gleich in der Diskussion mit Herrn Minister Tullner, Frau Professorin Scheffler und Herrn Professor Koller ausloten.

Visionär bleiben und langfristige Reformperspektiven formulieren, aber auf dieser Grundlage jederzeit tagespolitisch interventionsfähig werden und anschlussfähige Forderungen formulieren – das ist das Erfolgsrezept unserer Leitlinien für eine innovative Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

Ich möchte euch und Sie nicht nur zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den vom Gewerkschaftstag beschlossenen Leitlinien einladen, sondern auch zur Lektüre und zum Diskussion der zahlreichen Expertisen, deren Erstellung die GEW-nahe Max-Traeger-Stiftung zur Unterstützung der Arbeit des Zukunftsforums Lehrer_innenbildung gefördert hat. Heute Nachmittag wird die Gelegenheit bestehen, mit einigen Autorinnen und Autoren ausgewählter Expertisen ins Gespräch zu kommen.

Gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft braucht eine qualitativ hochwertige und innovative Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Auf geht's! Lasst uns jetzt gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und die Um- und Durchsetzung der GEW-Positionen zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Angriff nehmen!